



CDU

Kreistagsfraktionen von CDU und Grünen | Am Rübezahlwald 7 | 51469 Bergisch Gladbach

Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises
Herrn Stephan Santelmann
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach



KREISTAGSFRAKTIONEN
CDU UND
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

13.03.2024

Ergänzungsantrag zu TOP 11.2 (Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2024) der Kreistagsitzung am 14.03.2024

Transformations- und Konsolidierungsprozess der Kreisverwaltung / Konzept für einen strategischen Handlungsrahmen – Der Kreis als effizienter, bürgernaher, digitaler und attraktiver Dienstleister

und

Einstieg in einen neuen interkommunalen Strategieprozess zum Erhalt der kommunalen Leistungsfähigkeit in der kommunalen Familie des Rheinisch-Bergischen Kreises

Sehr geehrter Herr Landrat Santelmann,

die Kreistagsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitten Sie, den nachfolgenden Ergänzungsantrag zum Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2024 auf die Tagesordnung des Kreistags am 14.03.2024 zu setzen und zur Abstimmung zu stellen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, den umfänglichen Prozess zur Transformation und Konsolidierung der Verwaltung hin zu einem zukunftssicheren, leistungsfähigen und bürgernahen kommunalen Dienstleister fortzusetzen und anhand eines Konzepts für einen strategischen Handlungsrahmen sicherzustellen.**
- 2. Ziel dieses Prozesses ist es die bereits beauftragten bzw. laufenden Elemente**
 - der Struktur- und Aufgabenanalyse bzw. Produkt-/Aufgabenkritik,**
 - des strategischen Prozessmanagements,**
 - der Digitalisierung,**
 - des Raummanagements sowie**
 - der Kooperation mit anderen (insbes. kreisangehörigen) Kommunen**

Kreistagsfraktionen von
CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag des
Rheinisch-Bergischen Kreises
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

einzu beziehen und um weitere erforderliche Komponenten, beispielsweise der zielgerichteten und strategischen Personalentwicklung und -gewinnung sowie der Erweiterung und Flexibilisierung der Zugänge der Dienstleistungsangebote, zu ergänzen. Hierdurch sollen u.a. Synergien genutzt, die Effizienz gesteigert und dadurch die erforderlichen Konsolidierungen erfolgen, um mit knapper werdenden Ressourcen (insbes. Personal und Finanzen) die vielfältigen Aufgabenstellungen resilient erfüllen zu können.

- 3. Aufgrund der sich allgemein verschlechternden Haushaltssituation des Kreises in 2024 wird die Verwaltung beauftragt, den am 29.11.2023 beantragten Konsolidierungsprozess zügig in die Wege zu leiten und mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung dauerhaft anzulegen.**
- 4. Die Verwaltung prüft kurzfristig Einsparungsmöglichkeiten und bringt diese in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beteiligungen ein. Dabei ist jedoch sicherzustellen, die Finanzkraft des Kreises für notwendige Investitionen zu erhalten.**
- 5. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, parallel zum einzuleitenden Prozess zur Transformation der Verwaltung in einen erneuten moderierten „interkommunalen Strategieprozess 2035“ gemeinsam mit den Kreiskommunen einzusteigen. Ziel des Prozesses soll sein, vor dem Hintergrund der finanziellen Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Familie größtmögliche Synergien auf allen operativen Ebenen der Verwaltungen zu identifizieren und im Sinne bestmöglicher Leistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Darüber hinaus ist die Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung der kommunalen Familie in Richtung der kommunalen Spitzenverbände sowie der Landes- und Bundespolitik aufrechtzuerhalten.**
- 6. Die Erarbeitung des Konzepts für einen strategischen Handlungsrahmen erfolgt 2024 in enger Kommunikation mit dem Ausschuss für Personal, Organisation, Gleichstellung und IT.**

Begründung:

Die Welt ist im Wandel, die Dynamik der Veränderung ist hoch und die Komplexität steigt. Die öffentliche Verwaltung steht vor massiven Herausforderungen: Digitalisierung, Demografie, Fachkräftemangel, Anpassung von Strukturen sowie die agile Gestaltung von Prozessen. All diese Impulse sollen aufgegriffen und aktiv genutzt werden.

Gleichzeitig nehmen mit steigender Geschwindigkeit die Stressmomente für die gesamte kommunale Familie im Rheinisch-Bergischen Kreis zu. Die weiter ansteigenden Aufwendungen für gesetzliche Pflichtaufgaben, bei gleichzeitig einbrechenden Erträgen aufgrund von sinkenden Steuereinnahmen und wegfallenden zusätzlichen Einnahmepositionen sind nur die Spitze des Eisbergs. Diesen Herausforderungen stellen sich CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den bereits im Dezember 2023 eingebrachten Positionen 1., 2. und 6. sowie aufgrund des vielfältigen Handlungsdrucks ergänzten Positionen in 3., 4. und 5.

Zu 1., 2. und 6. :

Seite 3 von 4

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine kommunale Verwaltung, die sich im Zeitalter der Digitalisierung mit all ihren Verwaltungsprozessen neu aufstellt, Verwaltungsabläufe – egal ob als freiwillige oder gesetzlich gebundene Leistung – kritisch im Sinne einer bürgerfreundlichen, aber auch wirtschaftlich handelnden Verwaltung hinterfragt. Dabei sollen Verwaltungsdienstleistungen aus einer Hand angeboten werden. Hierdurch sollen – wenn möglich auch durch Schaffung von Synergien mit den kreisangehörigen Kommunen, z. B. auch durch die Verlagerung von Aufgaben auf die Kreisebene – Einspareffekte bzw. eine Steigerung der Dienstleistungsqualität insgesamt erzielt werden.

13.03.2024

Für die Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen die Verfahren so gestaltet werden, dass der Kontakt zu einer Verwaltungsstelle durch Digitalisierungsumsetzungen verkürzt und damit vereinfacht wird. Einfache, wiederkehrende Beantragungen wollen wir zukünftig flächendeckend – zusätzlich zur persönlichen Beantragung – neben den Online-Angeboten auch ggfs. per App ermöglichen.

Ziel muss es sein, Aufgaben, Prozesse und Strukturen fortgesetzt auch am Beispiel der vergangenen erfolgreichen Maßnahmen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, um das Kostenbewusstsein des Verwaltungshandelns stetig im Vordergrund zu halten.

Ebenso sind die bestehenden Organisations- und Kommunikationsstrukturen zu betrachten und eine weitere Straffung der Verwaltungsverfahren auf allen Ebenen durch Umwandlung zu projektorientierten, interdisziplinären Organisationsformen zu prüfen.

Dabei ist die Gewinnung, Bindung und Qualifikation des Personals – auch im digitalen Sektor – im Rahmen einer integrierten Personalentwicklung von besonderer Bedeutung.

Hierfür soll ein Konzept für den erforderlichen strategischen Handlungsrahmen als Grundlage für ein planvolles Agieren erarbeitet und mit der Politik erörtert werden.

Bei der Entwicklung des Konzeptes für diesen strategischen Handlungsrahmen sind neben den bereits aufgeführten Eckpunkten auch der fortgesetzte Dialog mit der Politik zur Vereinbarung klarer Definitionen von Zielen und Kennzahlen für alle Produkte sowie die Qualifizierung der entsprechenden Controllingkomponenten zur Steuerung zu berücksichtigen.

Zu 3.:

Aufgrund einbrechender Einnahmen, die für die mittelfristige Finanzplanung und Stabilisierung der Kreisumlage relevant sind, bedarf es eines starken Signals an alle Akteure in der Kreisverwaltung sowie der kommunalen Familie. Dafür muss der im Dezember 2023 beantragte Transformationsprozess zügig angegangen werden, um die Belastungen durch die veränderte Haushaltslage auf die kommunale Familie zu reduzieren. Der Kreis muss aber ebenso handlungsfähig bleiben, damit er seine Aufgaben in der Grundversorgung für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin vollumfänglich erbringen kann.

Zu 4.:

Im Haushaltsvollzug 2024 muss die geänderte Ausgangslage Berücksichtigung finden. Hier macht es allerdings keinen Sinn, der Kreisverwaltung starre über alle Produktbereiche fixe Einsparungsziele zu setzen und in einen politischen Über-

bietungswettbewerb um das höchste Einsparungsziel einzusteigen. Vielmehr vertraut die Politik auf die Fähigkeiten der Verwaltungsspitze sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kreishaus, entsprechende Konsolidierungseffekte zu identifizieren und vorzulegen.

Seite 4 von 4

13.03.2024

Zu 5.:

Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung wird in den nächsten Jahren auf allen Ebenen vor gewaltige Herausforderungen gestellt werden. Eine hauswirtschaftliche Mangellage wird auf absehbare Zeit die Kommunalpolitik beherrschen, Personalmangel insbesondere in fachlich qualifizierten Tätigkeitsbereichen ist jetzt schon Status Quo und eine Entlastung der Kommunen bei gesetzlichen Pflichtaufgaben ist nicht abzusehen. Insofern ist die Handlungsfähigkeit kommunaler Verwaltungen auf allen Ebenen, aber zuvorderst auf städtischer und gemeindlicher Ebene im ländlichen Raum gefährdet und das Dienstleistungsversprechen gegen über den Bürgerinnen und Bürger kann nur noch mit größten Kraftanstrengungen aufrechterhalten werden. Die Fähigkeit bürgernahe Dienstleistungen insbesondere bei den pflichtigen Aufgaben überhaupt noch in zufriedenstellender Qualität erbringen zu können, ist entscheidend für die Akzeptanz unseres föderalen Systems, in dem die Kommune der direkteste Erlebensort staatlicher Dienstleistung ist.

In einem auf mehrere Jahre ausgelegten erneuten Strategieprozess sind in den zentralen Themengruppen die operativen Ebenen der Verwaltungen in Kreis und Kommunen an einen Tisch zu holen, um ein Handlungskonzept zu erarbeiten, das für die nächsten zehn Jahre Bestand haben muss. Dabei sollten mögliche Synergien für die interkommunale Zusammenarbeit auf allen Ebenen identifiziert und für die Umsetzung verbindlich beschlossen werden. Zur Erarbeitung eines breiten gesellschaftlichen Konsenses über die Ziele des Strategieprozesses sind bei Bedarf entsprechende Akteure hinzuzuziehen.

Dieser Prozess kann nur, wie auch schon bei den vorhergehenden Strategieprozessen, durch externe Moderation gesteuert werden. Am Ende des Prozesses muss ein Handlungskonzept stehen, das durch alle kommunalen Gremien und soweit notwendig auch kommunalen Gesellschaften beschlossen wird. Vor dem Hintergrund dieser Eckpunkte wird die Kreisverwaltung gebeten, mit allen kreisangehörigen Kommunen in eine Umsetzungsstrategie einzusteigen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Uwe Pakendorf
Fraktionsvorsitzender

Gez.

Christopher Schiefer
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Gez.

Ursula Ehren
Fraktionsvorsitzende

Gez.

Roland Rickes
Fraktionsvorsitzender